



G e s c h ä f t s b e r i c h t u n d L a g e b e r i c h t

des

Versorgungswerkes

der

Zahnärztekammer Berlin

zum

Jahresabschluss 2007

Inhaltsverzeichnis

1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde

2. Die Vertreterversammlung

3. Die Aufsichtsorgane

3a. Der Vorstand

3b. Der Aufsichtsausschuss

4. Der Verwaltungsausschuss

5. Personalbestand

6. Mitgliederbewegung

7. Vermögensanlagen

8. Versicherungsmathematik

9. Ausblick

Anlagen

- Bilanz per 31.12.2007

- Anhang zur Bilanz

- Gewinn- und Verlustermittlung zum 31.12.2007

1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist die Pflichtversorgungseinrichtung der Zahnärzte in Berlin, Bremen und Brandenburg.

Rechtsgrundlage für die Gründung und den Betrieb des Versorgungswerkes ist das Berliner Kammergesetz, zuletzt geändert am 19.06.2006, und die hiernach erlassene Satzung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin wurde zum 01.10.1965 gegründet. Es gilt seit dem 01.12.1989 die Neufassung der Satzung vom 13.11.1989, zuletzt geändert zum 12.05.2007.

Mit der Neunten Änderung des Berliner Kammergesetzes vom 19.06.2006 (GVBl. für Berlin, S. 570) wurde die sogenannte Teilrechtsfähigkeit für berufsständische Versorgungswerke eingeführt. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit eröffnet, Versorgungswerke durch Votum von 4/5 der Mitglieder der Delegiertenversammlung der jeweiligen Kammer in eine selbständige Körperschaft zu überführen. Wenngleich sich eine breite Mehrheit der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin im Berichtsjahr für die Körperschaftslösung ausgesprochen hatte, wurde die erforderliche 4/5 Mehrheit nicht erreicht. Somit waren die Regelungen der Neunten Änderung des Berliner Kammergesetzes in Form der Teilrechtsfähigkeit umzusetzen.

Die konstituierende Sitzung der Vertreterversammlung – das neue oberste Organ des Versorgungswerkes – fand am 12.05.2007 statt, nachdem im Vorfeld die drei beteiligten Zahnärztekammern Berlin, Brandenburg und Bremen über ihre Delegiertenversammlungen die notwendigen Anschlusssatzungen beschlossen hatten und damit die Grundlage der weiteren Zusammenarbeit im Versorgungswerk geschaffen hatten.

Die Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen haben sich gemäß Beschluss der Delegiertenversammlung vom 22.04.1966 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin angeschlossen und diesen Anschluss mit Beschluss vom 23.03.2007 erneuert.

Als freiwillige Mitglieder sind die Angehörigen der Tierärztekammer Berlin entsprechend dem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 29.10.1969 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin beigetreten. Da die Tierärztekammer Berlin sich nach der deutschen Wiedervereinigung für neue Mitglieder an die Tierärzteversorgung Mecklenburg-Vorpommern angeschlossen hat, wurde mit Einführung der Teilrechtsfähigkeit klargestellt, dass die Tierärztekammer Berlin keine beteiligte Kammer mehr ist. Die laufenden Mitgliedschaftsverhältnisse sind davon nicht betroffen.

Mit Beschluss der Delegiertenversammlung vom 24.10.1991 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben sich die Mitglieder der Landeszahnärztekammer Brandenburg mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin zum 01.02.1992 angeschlossen und diesen Anschluss mit Beschluss vom 24.03.2007 erneuert.

Die jeweilige Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin findet auf die Bremer Mitglieder, die tierärztlichen Mitglieder und auf die Brandenburger Mitglieder entsprechend Anwendung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin steht unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz sowie für die versicherungsmathematischen Grundlagen unter der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen.

2. Die Vertreterversammlung

In die Vertreterversammlung wurden folgende Mitglieder gewählt, die ihr Amt am 12.05.2007 angenommen haben:

Vertreter Berlin:	Albert Essink
	Dr. Ingo Rellermeier
	Dr. Marius Radtke
	Dr. Peter E. Gutsche
	Karsten Geist
	Winnetou Kampmann
	Dr. Heinz Helmut Dohmeier-de Haan
	Olaf Cornehlisen
Vertreter Brandenburg:	Jürgen Herbert
	Dr. Eberhard Steglich
	Dr. Ute Jödecke
Vertreter Bremen:	Dr. Brita Petersen

Nach der Wahl des Aufsichts- und des Verwaltungsausschusses am 12.05.2007 und dem damit verbundenen automatischen Ausscheiden einzelner Mitglieder der Vertreterversammlung setzt sich diese seitdem wie folgt zusammen:

Vertreter Berlin:	Dr. Peter E. Gutsche
	Karsten Geist
	Dr. Wolfgang Schmiedel
	Dr. Anastassios Fotiadis
	Dr. Arnt Gerstenberger
	Dr. Heinz Helmut Dohmeier-de Haan
	Olaf Cornehlisen
	Dr. Heinrich Schleithoff
Vertreter Brandenburg:	Jürgen Herbert
	Dr. Eberhard Steglich
	Dr. Ute Jödecke
Vertreter Bremen:	Dr. Brita Petersen

3b. Der Aufsichtsausschuss

Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 12.05.2007 und dem Übergang des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin in die Teilrechtsfähigkeit ist als Aufsichtsorgan an die Stelle des Vorstandes der Zahnärztekammer Berlin das neu gewählte Gremium, der Aufsichtsausschuss, getreten.

Dem Aufsichtsausschuss gehören an:

als Vorsitzender:	Dr. Eckehart Schäfer, Brandenburg
als stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Jörg Meyer, Berlin
als Beisitzer:	Dr. Jürgen Gromball, Berlin
	Dr. Eberhard Schütte, Berlin
	Dr. Karl-Georg Pochhammer, Berlin, bis 07.06.2007
	Rolf Weggen, Bremen
	Andreas Müller-Reichenwallner, Berlin, ab 08.09.2007

Am 07.06.2007 hat Herr Dr. Karl-Georg Pochhammer sein Amt als Beisitzer im Aufsichtsausschuss mit sofortiger Wirkung niedergelegt. In der 2. Ordentlichen Vertreterversammlung am 08.09.2007 wurde Herr Andreas Müller-Reichenwallner in das Amt des Beisitzers nachgewählt.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsausschusses hat sich nach Ende des Berichtszeitraumes geändert. Am 28.04.2008 hat Herr Andreas Müller-Reichenwallner sein Amt als Beisitzer im Aufsichtsausschuss mit sofortiger Wirkung niedergelegt.

4. Der Verwaltungsausschuss

Der Verwaltungsausschuss wurde auf der Delegiertenversammlung am 20.03.2003 gewählt. Der Verwaltungsausschuss wählte in seiner konstituierenden Sitzung am 04.04.2003 den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter:

als Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
als stellvertretender Vorsitzender:	Rolf Janowski, Berlin, bis zum 31.12.2006
als Beisitzer:	Dr. Ingo Rellermeier, Berlin
	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Dirk Weißlau, Brandenburg

Mit Wirkung zum 31.12.2006 trat Herr Rolf Janowski von seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsausschusses zurück.

Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 12.05.2007 und dem Übergang des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin in die Teilrechtsfähigkeit wählte die Vertreterversammlung den Verwaltungsausschuss wie folgt neu:

als Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
als stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Ingo Rellermeier, Berlin
als Beisitzer:	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Winnetou Kampmann, Berlin
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Dirk Weißlau, Brandenburg

Dem Verwaltungsausschuss sind gemäß § 4 Ziffer 5 der Satzung die vom Vorstand bzw. seit 12.05.2007 vom Aufsichtsausschuss bestellten Sachverständigen beigeordnet:

als Finanzsachverständiger	Bankdirektor a.D. Ulrich Dassel, Berlin
----------------------------	---

Der Finanzsachverständige ist zum 31.12.2007 mit Inkrafttreten der neuen Satzung des VZB entfallen, die Bestellung war entsprechend befristet.

als mathematischer Sachverständiger	Dipl.-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht, Düsseldorf, bis Februar 2007
	Dipl.-Mathematiker Dr. Andreas Jurk, Ergo People & Pensions GmbH, Düsseldorf, seit Juni 2007

Der Verwaltungsausschuss bildet gemäß § 5 der Satzung die Geschäftsführung des Versorgungswerkes.

5. Personalbestand:

Die Verwaltung des Versorgungswerkes wird vom Direktor, Herrn Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann geleitet.

Die nachfolgende Gegenüberstellung stellt die Entwicklung des Personalbestandes zum 31.12.2007 dar:

Abteilung	Mitarbeiter per 31.12.2005	Mitarbeiter per 31.12.2006	Mitarbeiter per 31.12.2007
Sekretariat	2	2	2
Wertpapierverwaltung/ Controlling/ Berichtswesen	1	1	1
EDV/Informatik	1	1	1
Versicherungsmathematik	1	1	1
Mitgliederverwaltung	6	6	7
Finanzbuchhaltung	3	3	3
Immobilienverwaltung	7	7	7
Allgemeine Bearbeitung	2	2	2
Gesamt	23	23	24

Die Abteilungen Mitgliederverwaltung, Finanzbuchhaltung werden durch Abteilungsleiterinnen geführt. Die Abteilung Immobilienverwaltung war durch den Weggang der Abteilungsleiterin nach drei Jahren erfolgreicher Tätigkeit neu zu strukturieren. Im Rahmen weiterer Entscheidungen über den Immobilienbestand erfolgte eine Reduzierung des Personalbestandes Anfang des Jahres 2008.

Die Mitarbeiterin für Wertpapierverwaltung, Controlling und Berichtswesen sichert die notwendige Informationszusammenführung für die Geschäftsführung ab. Der Bereich des Controllings wird abteilungsweise weiter aufgebaut, wobei die Aufbauschwerpunkte entsprechend aktueller Fragestellungen gesetzt werden. Für den Bereich des Controllings und Berichtswesens wird eine Erweiterung durch eine Halbtagskraft erfolgen, da die Übernahme der Prüf- und Berichtsangelegenheiten vom externen Consultant durch die eigene Verwaltung entsprechende zusätzliche Ressourcen benötigt.

Die Einführung von Abteilungsleiterpositionen und deren Einarbeitung ist abgeschlossen und bewährt sich. Die abteilungsinterne Umsetzung des Vieraugenprinzips ist ebenso gesichert wie die Vertretung des Direktors bei dessen Abwesenheit, so dass der reibungslose Ablauf innerhalb der Abteilungen mit einer größtmöglichen Kompetenz gesichert wird.

Im Berichtszeitraum erschwerten Schwangerschaften und Elternzeiten insbesondere die Aufrechterhaltung des Versicherungsbetriebes bei gleichzeitiger Erarbeitung und Umstellung auf die zum 01.01.2008 in Kraft getretene Satzung.

An dieser Stelle gilt unser besonderer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für Ihren Einsatz. Das Mitwirken an den Umstellungen und auch die notwendige Software- und Arbeitsablaufanpassung, verbunden mit der daraus resultierenden Mehrbelastung wird das Team noch im gesamten Kalenderjahr 2008 fordern.

Der Verwaltungskostensatz konnte im Berichtsjahr erfreulicherweise von 1,89 % im Vorjahr auf 1,85 % im Berichtsjahr leicht gesenkt werden trotz der Aufgaben der neuen Organe Verwaltungs- und Aufsichtsausschuss sowie Vertreterversammlung wie der Neufassung der Satzung.

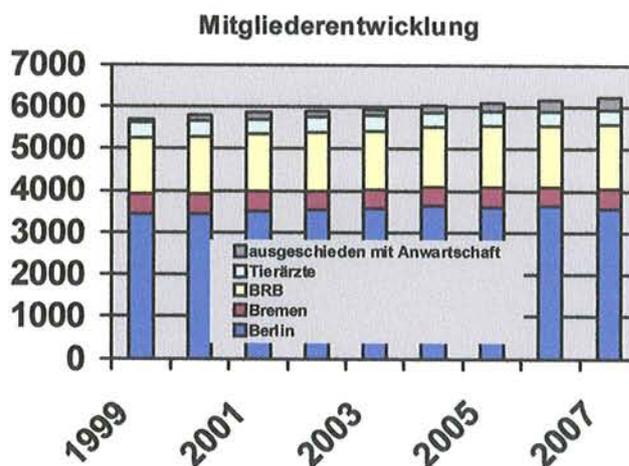
6. Mitgliederbewegung

Der Mitgliederbestand entwickelte sich bis zum 31.12.2007 wie folgt:

	01.01.2007	Zugang	Abgang	31.12.2007
Zahnärzte Berlin	3628	164	200	3592
Zahnärzte Bremen	456	33	34	455
Zahnärzte Brandenburg	1485	102	36	1551
Tierärzte Berlin	346	0	9	337
Ausgeschieden mit Anwartschaft	254	74	12	316
Aktive Mitglieder gesamt	6169	373	291	6251
Altersrenten	548	87	20	615
BU-Renten	120	16	12	124
Witwen-/Witwerrenten	172	10	5	177
Waisenrenten	63	10	10	63
Rentenempfänger gesamt	903	123	47	979
Gesamt	7072	496	338	7230

Die Zahl der Gesamtmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 158, die Zahl der Rentner um 76 gestiegen. Damit liegt das VZB in den erwarteten und insbesondere versicherungsmathematischen Entwicklungen und Annahmen sowohl im Bereich der aktiven Mitglieder als auch im Bereich der neu einzuweisenden Renten.

Das Beitragsvolumen des Berichtsjahres beläuft sich auf 42,571 Mio. €. Zu berücksichtigen bei der geringen Änderung ist, neben der nur geringfügigen Änderung der Berechnungsgrundlage für die Regelbeiträge, die steigende Zahl der Mitglieder, die einen Beitragsnachlass wegen fehlender Einkünfte beantragen müssen, ebenso wie die gestiegene Zahl der Mitglieder im Insolvenzverfahren. Das zum 1. Januar 2008 eingeführte neue Beitragssystem wird hier zu einem entsprechend stärkeren Ausschlag in der Beitragsveränderung führen, was in den versicherungsmathematischen Grundlagen aber einkalkuliert wurde.



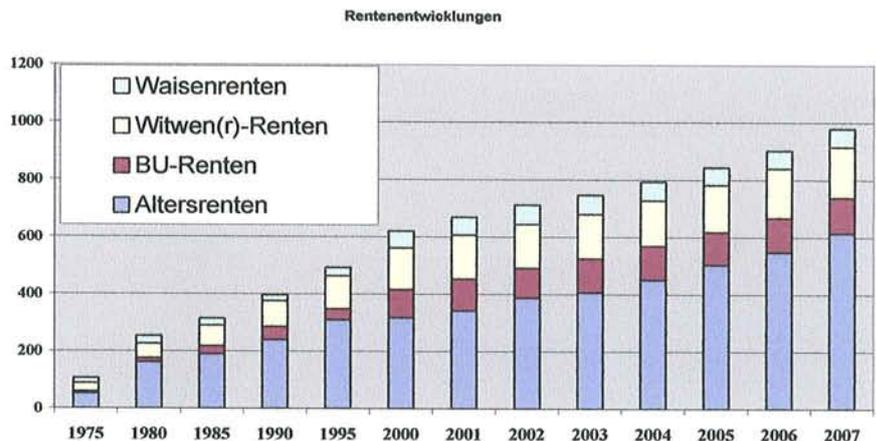
Die zwischenzeitlich laufend versandten Anwartschaftsmitteilungen mit den entsprechenden Beitragsübersichten versetzen die Mitglieder in die Lage, eventuelle Unklarheiten im Beitragsverlauf mit den Mitarbeitern zu klären, so dass jederzeit die Möglichkeit besteht, individuelle Berechnungen abzufordern. Im Rahmen der Neueinführung der Satzung zum 1. Januar 2008 wur-

den den selbständig tätigen Mitgliedern als Entscheidungshilfe die voraussichtliche Rente mit bisherigem und neuem Beitrag mitgeteilt. Die Bescheide über die mitzuteilenden beitragsfreien Anwartschaften aus den Beiträgen bis 2007, verbunden mit einer hochgerechneten Anwartschaftsmitteilung auch über die zukünftig zu erwartenden Beiträge, sollen im Sommer 2008 versandt werden.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit lag neben der normalen Bearbeitung im Berichtsjahr und liegt auch laufend in der Durchführung des Mahnsystems mit Durchführung von Pfändungen bei rückständigen

Beiträgen, ebenso wie die Bearbeitung von Beitragsforderungen in Insolvenzverfahren, ein Bereich, der im Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin vor wenigen Jahren noch völlig unbedeutend war, aber nunmehr an Bedeutung und damit notwendigem vorzuhaltenden

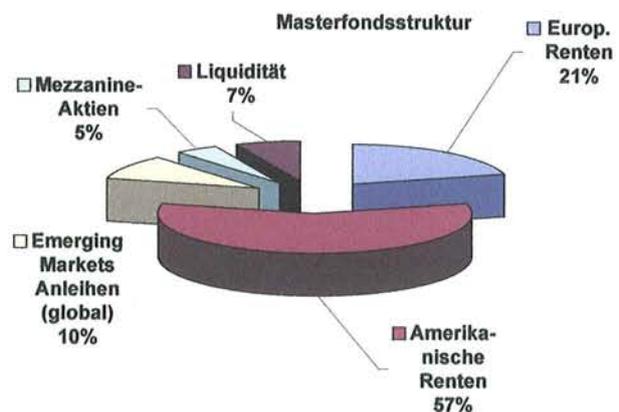
Fachwissen gewinnt. Im Zusammenhang mit diesen Verfahren ist auch ein verstärktes Beratungsangebot des VZB und auch Beratungsbedarf der betroffenen Personen zu sehen. In vielen Fällen kann Aufklärung und Beratung durch die Verwaltung Lösungsansätze bieten. In diesem Zusammenhang ist mit Einführung der Satzung zum 1. Januar 2008 die Entscheidung getroffen worden, eine neue Software für die Mitgliederverwaltung zu entwickeln, die neben den Satzungsbesonderheiten auch den vorstehenden Änderungen in den zu bearbeitenden Themen Rechnung tragen soll.



7. Vermögensanlagen

Im Berichtsjahr war es - anders als in den Jahren 2005 und 2006 - wieder möglich, mit einer Neuanlage in festverzinsliche Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen die notwendige Verzinsung zu erzielen. Dieser Umstand wurde dazu genutzt, wieder vermehrt strukturfreie Rentenpapiere mit einer festen, über dem Rechnungszins des VZB liegenden Verzinsung, zu erwerben und damit die notwendigen Erträge für die nächsten Jahre zu sichern.

Der von der Internationalen Kapitalanlagegesellschaft mbH verwaltete Masterfonds des VZB, der sich per 31.12.2007 wie nebenstehend aufgezeigt zusammensetzte, wurde im Berichtsjahr vielfach umstrukturiert. Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Exposure in amerikanischen Rentenwerten ausgebaut.



Weltweite Korrekturen an den Aktienmärkten, ausgelöst durch die Hypothekenkrise in den USA, machten im Berichtsjahr die Umsetzung von Absicherungsmaßnahmen mittels derivativer Instrumente zum Zwecke des Vermögenserhalts erforderlich. Dennoch konnte für diese Anlagekategorie noch eine akzeptable Rendite erwirtschaftet werden.

Am Jahresende 2007 wurden die europäischen und asiatischen Aktieninvestments mangels Risikotragfähigkeit komplett veräußert.

Zudem wurde die Struktur des Masterfonds um ein aktives Währungsmanagement erweitert, mit dem im Berichtsjahr unter Wahrung eines fest definierten Risikobudgets ein Zusatzertrag aus der Assetklasse Währungen erwirtschaftet werden konnte.

Auch wenn die über Spezialfondsmandate gehaltenen Aktieninvestments veräußert wurden, partizipiert das VZB weiterhin an der Entwicklung der Aktienmärkte ohne aber die Risiken dieser Assetklasse tragen zu müssen. Möglich ist dies, da das VZB im Besitz einer Vielzahl von Rentenpapieren ist, die mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind und deren Verzinsung von der Entwicklung bestimmter Aktienindizes bzw. ausgewählter Aktienfonds abhängt. 10% des Gesamtvermögens partizipierte per 31.12.2007 an der Entwicklung von Aktien, so dass das VZB fiktiv über eine Aktienquote in vorgenannter Höhe verfügte.

Bei der strategischen Ausrichtung der Kapitalanlagen wurde im Berichtsjahr auf die Expertise der Consultingfirma Feri Institutional Advisors GmbH zurückgegriffen, die eine Asset-Liability-Studie für das VZB anfertigte. In dieser Studie bestätigte Feri dem VZB eine gute Positionierung bei den Kapitalanlagen. Darüber hinaus wurde die Empfehlung ausgesprochen, zwecks Reduzierung der im Masterfonds enthaltenen Risiken, die Implementierung eines professionellen Overlay-Managements vorzunehmen.

Ein entsprechendes Managerauswahlverfahren fand Ende 2007 statt. Als Overlay-Manager wird ab 2008 die Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Hamburg, fungieren.

Im Tagesgeschäft wird nach wie vor auf die laufende Begleitung durch einen Consultant bewusst verzichtet, da diesbezüglich dem VZB kein weiterer Mehrwert geboten werden konnte. Das VZB verfügt über ein sehr umfassendes internes Controlling- und Berichtswesensystem zu den Vermögensanlagen. Darüber hinaus werden von der Masterdepotbank Analysen zu den Kapitalanlagen inklusive eines Risikobudgetierungsprozesses angefertigt, die als vergleichendes Berichtswesen und zur Risikosteuerung herangezogen werden. Zudem ist dadurch eine laufende Prüfung und Abstimmung der eigenen Daten durch externe Dritte gewährleistet.

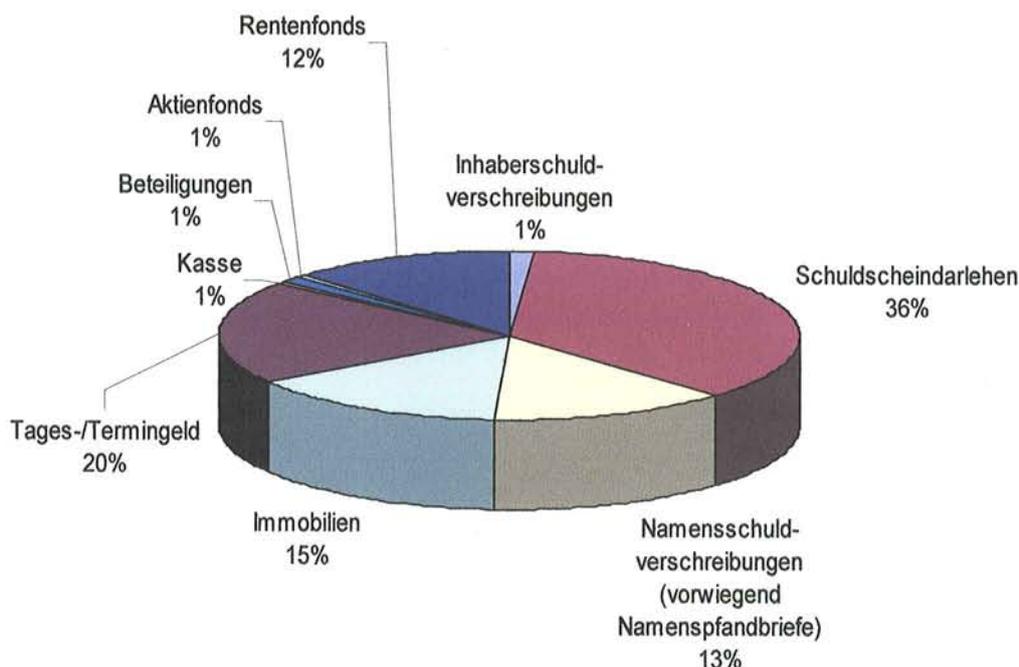
	2005	2006	2007
Vermögensanlagen (TEUR)	750.951	805.662	851.688
Davon:			
Wertpapiere	23.978	23.058	11.814
Namenspapiere	53.167	77.891	114.289
Schuldscheindarlehen	178.068	252.237	311.776
Investmentanteile & Aktien	324.838	282.222	113.918
Immobilienbestand	146.698	128.186	126.909
Termingelder	23.000	34.337	166.823
Andere Kapitalanlagen	1.200	1.200	1.200
Beteiligungen		6.531	4.959
Vermögensertrag	49.674	39.112	38.511
Beiträge gesamt (TEUR)	38.683	39.919	42.571
Davon:			
Pflichtbeiträge	38.225	38.268	39.641
Freiwillige Beiträge	2.216	2.229	2.238
Überleitungen	435	402	336

Für die Aufstellung der Bilanz per 31. Dezember 2007 wurde vom Bilanzierungswahlrecht des § 341b HGB wie in den Vorjahren mit einer Ausnahme erneut kein Gebrauch gemacht. Wie bisher wurden die Kapitalanlagen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Eine direkt gehaltene Inhaberschuldverschreibung wird, wie die Namenspapiere mit dem Nennwert zuzüglich der aufgelaufenen Zinsforderung bilanziert, da die Rückzahlung auch zum Nennwert plus Zinsen erfolgt.

Das Vermögen war im Berichtszeitraum unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung mit einer Bruttoverzinsung von 4,68 % bzw. einer Effektivverzinsung von 3,76 % angelegt. Hierbei ist zu beachten, dass es im Berichtsjahr erforderlich war, zur Erzielung der oben genannten Effektivverzinsung sämtliche Kursreserven des Masterfonds zu realisieren. Reserven zum Ausgleich von Schwankungen am Kapitalmarkt sind damit nicht mehr vorhanden,

weshalb die notwendige Anpassung der Kapitalanlagestruktur des VZB an die veränderte Risikotragfähigkeitssituation – wie bereits oben beschrieben – Ende 2007 entsprechend umgesetzt werden musste.

Mit den zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln wurden im Direktbestand überwiegend Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe erworben. Umschichtungen erfolgten hauptsächlich zu Lasten der Fondsinvestments und zu Gunsten der Direktanlage. Da die Umstrukturierungen vor allem am Ende des Berichtsjahres erfolgten, verfügte das VZB per 31.12.2007 über eine dementsprechend hohe Quote an Tages- und Termingeldanlagen. Die nachfolgende Grafik zeigt die Struktur der Vermögensanlagen auf Buchwertbasis zum 31.12.2007



Der Immobilienbestand

Im Berichtsjahr wurden folgende Transaktionen durchgeführt:

Das im Dezember 2006 erworbene Grundstück, Flur 39 und Flur 48 „Rheinuhafen art´hotel, Köln“, bei welchem es sich um ein Projekt für die Erstellung eines schlüsselfertigen Hotelbaus mit langfristigem Mieter handelt, wurde entwickelt. Der Baustart war im Frühjahr 2008. Mit einer Fertigstellung ist im Herbst 2009 zu rechnen.

Für ein Hotelprojekt in Dresden wurde der Kauf eines an das Hauptgrundstück angrenzenden Grundstückes beurkundet, welches für die Erstellung einer Hoteltiefgarage gesichert werden sollte. Da sich das Hotelprojekt an sich noch in der Planungsphase befindet, wurde ein Rücktrittsrecht vereinbart. Zwischenzeitlich wurde von der Stadt Dresden ein Vorkaufrecht ausgeübt, im Rahmen eines in Entscheidung befindlichen Bebauungsplanes bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten.

Im Rahmen einer im Berichtsjahr angefertigten Asset-Liability-Studie wurde von der Consultingfirma Feri Institutional Advisors GmbH bezüglich der Immobilien des VZB die Empfehlung ausgesprochen, Immobilieninvestments zukünftig über Fondslösungen abzudecken.

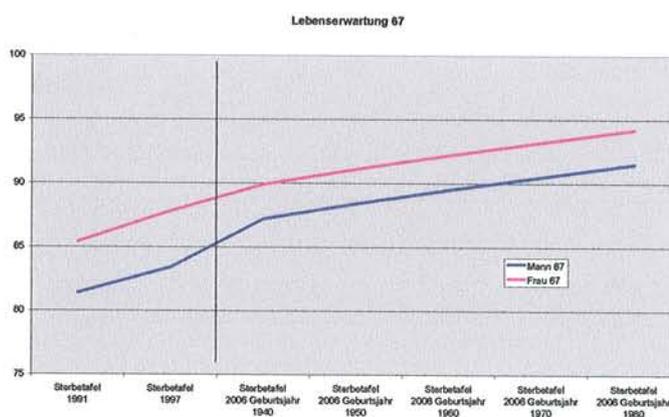
Im Berichtsjahr wurden daraufhin zwei weitere Beteiligungen gezeichnet, durch die das eingebrachte Vermögen des VZB auf indirektem Wege in Immobilien investiert ist, und zwar über geschlossene Immobilienfonds, die die Mittel in diversifizierte Immobilienanlagen, vor allem be-

stehend aus Büroimmobilien in besten innerstädtischen Geschäftslagen in den Vereinigten Staaten, anlegen.

8. Versicherungsmathematik und Satzung

Bereits im letzten Lagebericht wurde darauf hingewiesen, dass mit dem Versicherungsmathematiker des Versorgungswerkes, Dr. Andreas Jurk, People & Pensions GmbH, Düsseldorf die Auswirkungen der neuen Sterbetafeln zu diskutieren sind, die im Frühjahr 2007 veröffentlicht wurden. Das Ergebnis dieser neuen Sterbetafeln, die erstmals als Generationentafeln erstellt werden konnten, ist eine erheblich stärkere Zunahme der Lebenserwartung für die Mitglieder der verkammerten freien Berufe, als noch vor 10 Jahren mit den damaligen Periodensterbetafeln erwartet. Insbesondere für die jungen und zukünftigen Mitglieder wird ein stärkerer Anstieg der Lebenserwartung prognostiziert.

Mit der zum 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Satzung des Versorgungswerkes war es möglich, unter Wahrung der erworbenen Anwartschaften aus Beiträgen, die bis 2007 eingezahlt wurden, alle Mitglieder in ein neues Beitrags- und Leistungssystem zu überführen, welches bei einer weiterhin vollständigen Kapitaldeckung auch den Anforderungen des Kapitalstocks an die Längerlebigkeit entsprechend Rechnung trägt.



Das nebenstehende Schaubild verdeutlicht exemplarisch für Mitglieder, die das 67. Lebensjahr erreicht haben, den Unterschied zwischen den Periodentafeln (die z.B. 1991 und 1997 erstellt wurden) und den Generationentafeln, die die Lebenserwartung jahrgangsweise – getrennt nach Männern und Frauen - ermittelt. Hieraus lässt sich erkennen, dass die jüngeren Mitglieder eine deutlich längere Lebenserwartung haben als die älteren Mitglieder, was zur Einführung einer Vielfachenmatrix in der neuen Satzung geführt hat, die dieses berücksichtigt. Die gleiche Summe an Beiträgen in einem vergleichbaren Zeitraum muss – und dafür ist die Vielfachenmatrix da – für ein Mitglied mit einer längeren Lebenserwartung zu einer geringeren Rente führen, damit das Prinzip der Gleichbehandlung unter Wahrung des solidarischen Gedankens in der berufsständischen Versorgung erhalten bleibt und gestärkt wird.

Basis für diese neue Satzung ist ein umfassend mit dem Versicherungsmathematiker des Versorgungswerkes und der hausinternen Mathematikerin erarbeiteter versicherungstechnischer Geschäftsplan sowie ein Übergangsgutachten per 31.12.2006, mit welchem die Finanzierbarkeit des Systemüberganges nachgewiesen wurde.

Die Satzung wurde von der Vertreterversammlung nach intensiven Diskussionen in mehreren Sitzungen beschlossen, nachdem neben dem Prüfmathematiker der zuständigen Senatsaufsicht auch der weitere, von der Vertreterversammlung gewünschte Versicherungsmathematiker Herr Prof. Hipp, Karlsruhe, weitere Fragen der Vertreterversammlung durch Prüfung beantwortet hatte.

9. Ausblick

Hinsichtlich der Kapitalanlagen ist es Ziel, einen Immobilienbestand in einer Größe von max. 15% des Vermögens zu halten, wobei es hier eine komplette Abkehr vom direkten Immobilienbestand hin zu Fondslösungen mit ausgeprägter regionaler Diversifikation geben soll. Die Gründe liegen in der im Direktbestand nicht nachhaltig zu erzielenden Nettoertragsrate in Höhe von wenigstens dem Rechnungszins und in der größtenbedingten nicht machbaren notwendigen Diversifikation in Lagen und Immobilienarten.

Der hiermit zusammenhängende Verkauf des Immobilienbestandes wird im Rahmen eines Paketverkaufes über die Fa. Ernst & Young vollzogen, die im Rahmen einer Ausschreibung mit ihrer Fachkompetenz überzeugen konnten. Die Erarbeitung der notwendigen Unterlagen und die sich daran anschließende Abwicklung werden einen Großteil der Arbeit im Kalenderjahr 2008 bestimmen.

Mit einem in Spezialfonds verwalteten Aktienbestand in einer Bandbreite von bis zu 10% des Gesamtvermögens soll zukünftig - natürlich nur bei gegebener Risikotragfähigkeit und innerhalb eines günstigeren Aktienmarktumfeldes - wieder dem Umstand Rechnung getragen werden, eine stärkere Diversifizierung des VZB-Portfolios zu erreichen und darüber hinaus wieder direkt an der Entwicklung der Aktienmärkte partizipieren zu können.

Aus Risikoerwägungen werden im Direktbestand aktuell keine nachrangigen Wertpapiere sowie Corporates (Industrieanleihen) gehalten.

Im Direktbestand gehaltene Beteiligungen, die der Risikokapitalquote zuzurechnen sind, sind aktuell auf maximal 7,50% des Gesamtvermögens beschränkt.

Die liquiden Mittel werden überwiegend im Bereich der festverzinslichen Namenspapiere angelegt, wobei fast ausschließlich Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe erworben werden, die entweder durch eine umfassende Institutssicherung bzw. ein Einlagensicherungssystem oder im Bereich der Pfandbriefe durch Grundpfandrechte bzw. bei Öffentlichen Pfandbriefen durch Forderungen gegen die Öffentliche Hand gesichert sind.

Schuldscheindarlehen werden nur an Emittenten mit einwandfreier Bonität ausgereicht. Die Anlagen im Rentendirektbestand erfolgen darüber hinaus unter Beachtung einer angemessenen Streuung sowie mit der Zielsetzung, eine Fälligkeitsstruktur zu erreichen, die gleichmäßige Rückflüsse in den nächsten Jahren hervorbringt und so das Wiederanlagerisiko minimiert.

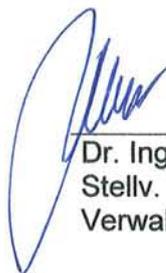
Die Steuerung von Währungs-, Aktien- sowie Zinsänderungsrisiken wird zukünftig vom Overlay-Manager mit dem Hauptziel der Risikominimierung abgedeckt. Aktuell werden bereits die im Masterfonds und in der Direktanlage des VZB vorzufindenden Währungsrisiken professionell gesteuert.

Im Bereich des Versicherungsbetriebes wurden seit Einführung der neuen Satzung am 01. Januar 2008 rd. 1500 Mitglieder des Versorgungswerkes individuell beraten. Diese Herausforderung, verbunden mit den notwendigen Umstellungsarbeiten in der Software, den Texten und dem Workflow im Hause, wird im Bereich des Versicherungsbetriebes und der Finanzbuchhaltung erhebliche Ressourcen im Kalenderjahr 2008 binden. Dennoch kann konstatiert werden, dass die Umstellung der Satzung und der Systeme durch das konstruktive Zusammenwirken aller Beteiligten zwar nicht problemlos aber konstruktiv voranschreitend ist.

Berlin, 16.06.2008



Albert Essink
Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses



Dr. Ingo Rellermeier
Stellv. Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2007
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

AKTIVA**PASSIVA**

	EUR	Vorjahr TEUR		EUR	Vorjahr TEUR
A. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE			A. VERLUSTRÜCKLAGE	22.591.048,00	0
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	140.078,50	33	B. ÜBERSCHUSSRÜCKSTELLUNG	0,00	117.089
B. KAPITALANLAGEN			C. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN		
I. Grundstücke und Bauten einschließlich Anlagen im Bau			I. Deckungsrückstellung lt. versicherungsmathematischer Berechnung zum 31. Dezember 2007/2004	825.465.004,00	666.976
1. Grundstücke	30.448.878,66	29.634	II. Rückstellung für Leistungsverbesserung	16.542.248,86	24.525
2. Gebäude	94.418.122,00	96.528	III. Rückstellung für Rehabilitationsmaßnahmen	<u>2.000.000,00</u>	0
3. Außenanlagen	1.833.188,00	1.929		844.007.252,86	691.501
4. Anlagen im Bau	<u>208.725,59</u>	95	D. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN		
	126.908.914,25	128.186	I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	182.537,66	176
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			II. Sonstige Rückstellungen	<u>615.700,00</u>	510
Beteiligungen	4.959.333,56	6.531		798.237,66	686
III. Sonstige Kapitalanlagen			E. ANDERE VERBINDLICHKEITEN		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	113.917.601,50	282.222	I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	327.094,70	551
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	11.813.795,75	23.058	II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	889.123,91	10.111
3. Sonstige Ausleihungen			III. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>2.178.182,47</u>	2.172
a) Namensschuldverschreibungen	114.288.578,75	77.891	davon aus Steuern: EUR 145.131,77 (Vj. TEUR 199)	3.394.401,08	12.834
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	311.776.327,64	252.237	davon im Rahmen sozialer Sicherheit: EUR 2.060,10 (Vj. TEUR 0)		
4. Einlagen bei Kreditinstituten	166.823.168,84	34.337			
5. Andere Kapitalanlagen	<u>1.200.000,00</u>	1.200			
	719.819.472,48	670.945			
	851.687.720,29	805.662			
C. FORDERUNGEN					
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder	1.534.107,26	1.627			
D. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE					
I. Sachanlagen					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	285.233,00	296			
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand					
1. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	5.410.474,19	4.099			
2. Kassenbestand	<u>4.272,10</u>	3			
	5.414.746,29	4.102			
III. Andere Vermögensgegenstände					
1. Mietforderungen	2.021.807,95	2.027			
2. Sonstige	<u>1.234.539,86</u>	1.620			
	3.256.347,81	3.647			
	8.956.327,10	8.045			
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
1. Abgegrenzte Zinsen (noch nicht fällig)	8.422.637,12	6.559			
2. Sonstige	<u>50.069,33</u>	184			
	8.472.706,45	6.743			
	<u>870.790.939,60</u>	<u>822.110</u>		<u>870.790.939,60</u>	<u>822.110</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2007 BIS 31. DEZEMBER 2007
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

	EUR	Vorjahr TEUR
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG		
1. Verdiente Beiträge/gebuchte Beiträge	42.570.662,70	39.919
2. Beiträge aus der Rückstellung für Leistungsverbesserung	24.524.790,13	0
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Grundstücken und Bauten	8.069.785,12	8.684
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	23.933.470,08	26.961
c) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>6.507.570,38</u>	3.467
	38.510.825,58	39.112
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge	<u>152.481,10</u>	508
	105.758.759,51	79.539
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle	14.044.557,22	12.861
6. Aufwendungen für Rückkäufe, Rückgewährungsbeiträge, Austrittsvergütungen und Überleitungen	763.804,76	1.596
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	<u>177.030.831,86</u>	0
	<u>191.839.193,84</u>	14.457
	-86.080.434,33	65.082
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
a) Persönliche Aufwendungen	647.840,42	618
b) Sonstige Aufwendungen	<u>414.800,86</u>	412
	1.062.641,28	1.030
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen	4.459.406,32	3.686
b) Abschreibungen	<u>3.130.509,48</u>	2.603
	<u>7.589.915,80</u>	6.289
10. Versicherungstechnisches Ergebnis	-94.732.991,41	57.763
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG		
1. Sonstige Erträge	242.131,36	235
2. Sonstige Aufwendungen	<u>7.307,68</u>	1
	<u>234.823,68</u>	234
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-94.498.167,73	57.997
4. Sonstige Steuern	<u>116,00</u>	0
5. Jahresfehlbetrag/ -überschuss (= Übertrag:)	<u>-94.498.283,73</u>	57.997

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2007 BIS 31. DEZEMBER 2007
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr TEUR</u>
Jahresfehlbetrag/ -überschuss (= Übertrag:)	<u>-94.498.283,73</u>	57.997
6. Entnahme aus der Überschussrückstellung	117.089.331,73	0
7. Zuführung zur Überschussrückstellung	0,00	-57.997
8. Zuführung zur Verlustrücklage	<u>22.591.048,00</u>	0
9. Bilanzgewinn/-verlust	<u>0,00</u>	<u>0</u>

**ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007
DES
VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN**

I. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

1. Angabe der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den historischen Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 und 4 Jahren.

Die Kapitalanlagen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sind Immobilien, Beteiligungen, Investmentfondsanteile, Wertpapiere und Genossenschaftsanteile sowie Einlagen bei Kreditinstituten.

Die planmäßigen linearen Abschreibungen für die Gebäude wurden zum 1. Januar 2000 neu bemessen. Grundlage dafür bildeten die in den Verkehrswertgutachten festgelegten Restnutzungsdauern von 20 bis 50 Jahren. Für die Außenanlagen wird eine Nutzungsdauer zwischen 15 und 25 Jahren zugrunde gelegt.

Abgänge wurden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die Beteiligungen, Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, Einlagen bei Kreditinstituten und andere Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 3 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip mit dem niedrigeren Kurswert zum Bilanzstichtag bewertet. Im Berichtsjahr wurden für die Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere Abschreibungen auf den niedrigeren Wert wegen gesunkener Kurswerte vorgenommen.

Die Namensschuldverschreibungen wurden unverändert gegenüber den Vorjahren entsprechend dem Bewertungswahlrecht nach § 341c HGB mit Anschaffungskosten in Höhe des Nennwertes bilanziert.

Die Bewertung der Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgt mit den Anschaffungskosten in Höhe des Nennwertes.

Schuldscheinforderungen und Darlehen und Namensschuldverschreibungen, deren Zinszahlung am Ende der Laufzeit erfolgt (so genannte Zero-Papiere) wurden mit dem Nennwert zzgl. aufgelaufener Zinsen bilanziert.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder und anderen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde durch die Bildung einer Wertberichtigung Rechnung getragen.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zugang und Abgang dargestellt. Die Zugänge werden seit 2007 alle pro rata temporis abgeschrieben. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 bis 16 Jahren.

Die Abgänge werden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die übrigen Aktiva sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Im Berichtsjahr war erstmals gemäß § 33 Abs. 2 der Satzung in der Fassung vom 12. Dezember 2007 eine Verlustrücklage auszuweisen.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden gemäß der versicherungstechnischen Bilanz zum 31. Dezember 2007 der ERGO People & Pensions GmbH, Düsseldorf, des Aktuars (DAV) und Sachverständigen (IVS) Dr. Andreas Jurk ausgewiesen.

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhaltet den Anspruch auf Altersvorsorge des ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die Bildung erfolgte anhand einer versicherungsmathematischen Berechnung. Für die Berechnung wurde ein Zinssatz von 4 % p.a. zugrunde gelegt.

Die anderen Rückstellungen sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt. Alle zum Abschlussstichtag entstandenen und bis zum Tag der Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken sind berücksichtigt.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 24 der Satzung in der Fassung vom 1. Januar 2005 sowie entsprechend den Vorschriften des VAG (in der Fassung vom 17. Dezember 1992; mit letzter Änderung vom 5. Januar 2007) und der RechVersV gegliedert.

2. Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Währungsposten

Die Beteiligungen an der Paramount Real Estate Fund III und Fund V GmbH & Co. KG in USD wurden zum jeweiligen Anschaffungszeitpunkt der Anteile mittels des Briefkurses in EUR umgerechnet. Die Dollar-Fremdwährungskonten sind zum Bilanzstichtag zum aktuellen Briefkurs in EUR bewertet.

3. Angabe der Abweichungen von den Bewertungsmethoden

Die versicherungstechnischen Rückstellungen zum 31. Dezember 2007 wurden unter Anwendung der Satzung i.d.F. vom 12. Dezember 2007 und dem entsprechenden technischen Geschäftsplan, der zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, bilanziert. Zur Anwendung kommen dabei als biometrische Rechnungsgrundlagen die berufsständischen Richttafeln (bRT 2006) nach Klaus Heubeck/ ABV in Form von Generationentafeln und als Finanzierungsverfahren das modifizierte Anwartschaftsdeckungsverfahren. Der Rechnungszinssatz beträgt 4 % p.a. für Leistungen aus Beiträgen, die bis einschließlich für das Kalenderjahr 2007 verbucht wurden, sofern es sich nicht um Beiträge aus Überleitungen und Nachversicherungen handelt, die erst ab dem 1. Januar 2008 eingegangen sind. Der Rechnungszinssatz beträgt 3 % p.a. für Leistungen aus Beiträgen, die ab dem 1. Januar 2008 entrichtet wurden. Bisher betrug der Rechnungszins einheitlich 4 % p.a.

Als Verwaltungskosten werden 2,5 % der Beiträge und 2 % der Rentenbeiträge für die Rentenzahlungsdauer angesetzt.

Die in die Deckungsrückstellung eingerechnete Verwaltungskostenrückstellung für die beitragsfreie Zeit der Versorgung beträgt 2 % der Anwartschaftsbarwerte bzw. der Barwerte für die Rentenleistungen.

Die Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2007 enthält erstmals eine Zinsschwankungsreserve in Höhe von TEUR 12.775, die einem Anteil von 1,5 % an den Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2007 entspricht.

II. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Kapitalanlagen

a) Grundstücke und Bauten

Das Versorgungswerk nutzt eigene Räumlichkeiten in der Rheinbabenallee für seinen Geschäftsbetrieb. Der Buchwert des Grund und Bodens beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 1.664, der Buchwert des Gebäudes einschließlich Tiefgarage und Außenanlagen TEUR 1.907.

b) Beteiligungen

Es handelt sich um die Beteiligung an Immobiliengesellschaften. Die Zeichnung der Anteile (insgesamt 40 Mio. USD) erfolgte in Dollar. Zum Bilanzstichtag war ein Betrag von 6,6 Mio. USD abgerufen.

c) Sonstige Kapitalanlagen

Die Gliederung erfolgt nach den Vorschriften des VAG. Die Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sind mit dem Nennwert bilanziert. Die Aktien, Wertpapierspezialfonds, Inhaberschuldverschreibungen sowie das Währungstermingeld (USD - Konto) sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB angesetzt.

Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf Aktienanteile wegen gesunkener Kurswerte in Höhe von TEUR 466 vorgenommen.

In den Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen sind stille Reserven von TEUR 5.380 (Vj. TEUR 6.858) und stille Lasten von TEUR 15.949 (Vj. TEUR 5.158) enthalten.

Bei der Anlage des gebundenen Vermögens wurden die Vorschriften der § 54 VAG i.V.m. der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen hinsichtlich der Anlageformen und -grenzen beachtet.

Für die Überschreitung der allgemeinen Mischquote von 50 % des gebundenen Vermögens für Anlagen nach § 1 Abs. 1 Nr. 18b der Anlagenverordnung hat die Versicherungsaufsicht dem Versorgungswerk zur Risikosenkung in den Kapitalanlagen eine Ausnahmegenehmigung für maximal 1 Jahr bzw. bis zum 31. Dezember 2008 erteilt.

Zum 31. Dezember 2007 betrug der Anteil der Anlagen bei Kreditinstituten am gebundenen Vermögen 57,1 %.

Die erforderliche Berichterstattung an die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen ist erfolgt.

2. Forderungen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

Auf Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer waren wegen der Vorläufigkeit der Sollstellung für die Beiträge bis zur endgültigen Veranlagung sowie für sich im Vollstreckungsverfahren befindliche Forderungen und Forderungen aus Vorjahren Wertberichtigungen in unveränderter Höhe von TEUR 1.000 (Vj. TEUR 1.000) vorzunehmen.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer stehen im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern.

Die Wertberichtigung auf Mietforderungen wegen des enthaltenen Ausfallrisikos beträgt TEUR 100 (Vj. TEUR 150). Des Weiteren wurde auf Forderungen aus noch nicht abgerechneten Betriebs- und Heizkosten ein pauschaler Wertabschlag für einen eventuell nicht umlagefähigen Anteil von TEUR 750 (Vj. TEUR 750) vorgenommen.

3. Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten weist eine Zins-Sicherungsgebühr in Höhe von TEUR 0 (Vj. TEUR 161) aus. Die Auflösung erfolgte in voller Höhe, da das Darlehen vorzeitig zurückgezahlt wurde.

4. Verlustrücklage

Gemäß § 33 Abs. 2 der Satzung i.d.F. vom 12. Dezember 2007 die zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, war erstmals eine Verlustrücklage in Höhe von mindestens 5 % des sich aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergebenden Rohüberschusses zu bilden. Die Verlustrücklage soll 5% der Deckungsrückstellung betragen. Im Berichtsjahr wurde der Verlustrücklage ein Betrag von 22,6 Mio. EUR zugeführt, dies entspricht 2,8 % der Deckungsrückstellung (ohne Zinsschwankungsreserve).

5. Überschussrückstellungen

Zum 31. Dezember 2007 wurde ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt, deshalb war der Überschussrückstellung ein Betrag von 117 Mio. EUR zu entnehmen und der Deckungsrückstellung sowie der Rückstellung für Leistungsverbesserung zuzuweisen.

6. Andere Rückstellungen

Im Wesentlichen sind in den sonstigen Rückstellungen die Kosten für den Versicherungsmathematiker, den Jahresabschluss und unterlassene Instandhaltung sowie für mögliche Prozessrisiken und sonstige Risiken enthalten.

7. Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2007

Verbindlichkeiten	Gesamt EUR	davon Restlaufzeiten			davon gesichert EUR
		unter 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR	
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	327.094,70	327.094,70	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	550.991,85	550.991,85	0,00	0,00	0,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	889.123,91	22.140,51	92.492,24	774.491,16	889.123,91
Vorjahr	10.111.264,42	22.140,51	92.492,24	9.996.631,67	911.264,42
III. Sonstige Verbindlichkeiten	2.178.182,47	2.178.182,47	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	2.171.757,89	2.171.757,89	0,00	0,00	0,00
	3.394.401,08	2.527.417,68	92.492,24	774.491,16	889.123,91
Vorjahr	12.834.014,16	2.744.890,25	92.492,24	9.996.631,67	911.264,42

Ein Darlehen ist durch eine Grundschuld besichert.

8. Verdiente/ gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge stellen nicht in voller Höhe nur Beiträge des Berichtsjahres dar. In 2007 waren ebenfalls Beiträge der Vorjahre wegen Korrektur von Sollstellungen, Überprüfung der Veranlagungen sowie eventueller Beitragsrückzahlungen zu erfassen. Des Weiteren werden Beiträge aus Überleitungen in Höhe von TEUR 336 (Vj. TEUR 402) ausgewiesen.

9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb / für Kapitalanlagen

Nach unmittelbarer Zuordnung der direkten Sachkosten wurden die allgemeinen Verwaltungskosten des Versorgungswerkes im Verhältnis von 48,86 : 51,14 (Vj. 47,94 : 52,06) auf den Versicherungsbetrieb und die Vermögensverwaltung aufgeteilt. Basis für das Aufteilungsverhältnis bilden die Personalkosten der in der Vermögensverwaltung beschäftigten Mitarbeiter im Verhältnis zu den gesamten Personalkosten.

III. Sonstige Pflichtangaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die für die Bewertung der Finanzanlagen des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, ergeben sich aus Abnahmeverpflichtungen für Multitranchen - Schulscheindarlehen und betragen insgesamt 50 Mio. EUR (Vj. 50 Mio. EUR).

Für die Beteiligung an der Paramount Real Estate Fund III GmbH & Co. KG wurden im Vorjahr 8,1 Mio USD abgerufen und im Berichtsjahr 6,5 Mio. USD zurückgezahlt. Insgesamt ist das Versorgungswerk eine Verpflichtung von 25 Mio. USD eingegangen. Des Weiteren bestehen Einzahlungsverpflichtungen für die Beteiligungen an den Paramount Real Estate Fund IV + V GmbH & Co. KG von jeweils 15 Mio. USD. Zum Bilanzstichtag waren davon 5 Mio. USD in den Paramount Real Estate Fund V GmbH & Co. KG eingezahlt.

Für weitere Aktien der VCM Golding Mezzanine SICAV II bestehen zum Bilanzstichtag weitere Einzahlungsverpflichtungen von insgesamt 7 Mio. EUR.

Für eine in Vorjahren erworbene Immobilie besteht eine Verpflichtung in Höhe von maximal TEUR 140, da der Veräußerer des Objektes bis zum Jahr 2009 zu 50 % an der Umsatzmiete beteiligt ist.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB, die für die Bewertung der Finanzanlage des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, existieren nicht.

2. Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 24 (Vj. 24) Mitarbeiter im Versorgungswerk beschäftigt.

3. Angabe zu den Unternehmensorganen

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses haben im Berichtsjahr Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder sowie Reisekostenerstattungen in Höhe von TEUR 301 (Vj. TEUR 271) und die Mitglieder des Aufsichtsausschusses haben Vergütungen in Höhe von TEUR 40 erhalten.

Berlin, den 16. Juni 2008

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

gez. Albert Essink
(Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses)

gez. Dr. Ingo Rellermeier
(stellv. Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses)